

**„Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit  
im Kreis Bergstrasse“  
Newsletter 52 – überregional - vom 27. April bis 22. Mai 2007**

**Als Nachtrag:**

**19.04.2007 DIE ZEIT**

**Wie lebt man mit Nazis?**

**Ein Dorf in Baden-Württemberg wird zum Schauplatz eines Bandenkriegs zwischen rechter und linker Szene.**

**Von Karin Kontny**

**Fichtenberg**

Früher, als es das Problem noch nicht gab, war Fichtenberg ein Idyll. Wie ein schlafendes Kind lag das Dörfchen mit seinen 2900 Einwohnern in einer Wiege zwischen bewaldeten Berghängen und Wiesen nur 50 Kilometer nordöstlich von Stuttgart. Damals lief Ibos Geschäft gut. Die Motorradfahrer, die passionierten Wanderer und die erholungsbedürftigen Städter kamen ins Paradies, so heißt seine Kneipe, um bei Ibo, dem Kurden, Bier oder Kaffee zu trinken. Doch inzwischen bleiben die Gäste aus. In den vergangenen sechs Wochen hat der Wirt mehr als fünftausend Euro Verlust gemacht, und an Besserung glaubt er nicht. Er verkauft seine Tische und Stühle. Das Paradies macht zu.

Läge Fichtenberg in Brandenburg oder Vorpommern, kein Mensch würde am Schicksal des Ortes Anteil nehmen. 30 Nazis und ein paar Dutzend Gegendemonstranten, die hier am Wochenende ihren Bandenkrieg führen – na und? Aber Fichtenberg liegt mitten im Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald, und hier sind die Leute derlei nicht gewohnt. »Wir sind eine Marke geworden: Fichtenberg – das Nazidorf«, sagt Roland Miola, der Bürgermeister.

Die Gemeinde will ausländischerfreundlich und ein Naherholungsgebiet für Touristen sein. Fünf türkische Familien gebe es, sagt Miola. Außerdem einen »herrlich sauberen« Badesee. Doch jetzt kommen am Wochenende statt Touristen bis zu drei Dutzend Ordnungshüter nach Fichtenberg. In den Abendstunden kontrollieren die Beamten der örtlichen Polizei, aber auch Bundespolizisten die Zufahrtsstraßen. Streifenwagen patrouillieren durch das Dorf.

Der Segen des Ortes, seine gute Verkehrsanbindung, hat sich in einen Fluch verwandelt. Denn weder die Nazis noch ihre Widersacher kommen aus Fichtenberg. Lediglich drei Rechtsradikale gibt es hier, deren Haus als Treffpunkt dient. Die Linken wiederum, die den »braunen Mob« vertreiben wollen, haben im Ort bloß zwei Vertreter. Der Rest reist aus Stuttgart, Schwäbisch Hall, Heilbronn und Ludwigsburg an, einige mit dem Auto, andere mit jenem Zug, der bisher die Touristen brachte.

**Die Linken sind lästig, die Rechten verbreiten Angst**

Die Linken sind den Fichtenbergern lästig, vor den Rechten haben sie Angst. Sie erscheinen betrunken zu Festen und pöbeln Gäste an, es gab Verletzte. Im Frühjahr wurden zwei dunkelhäutige Frauen im Zug beschimpft und herumgestoßen. Dazu kommen eingeschlagene Scheiben und zerstörter Gartenzierrat. Zur Angst tritt die Scham der Dorfbewohner, denn die Invasion von rechts spricht sich herum. »Seht zu, dass ihr die Nazis aus eurem Dorf herausbekommt«, heißt es im Gästebuch auf der Homepage der Gemeinde. Früher standen hier Lobeshymnen begeisterter Städter, die sich überlegten, hierher in die Idylle zu ziehen.

Aber was sollen sie tun, die Fichtenberger? Die Rechten treffen sich in einem privaten Haus; ein Versuch der Gemeinde, es ihnen abzukaufen, ist misslungen. Einstweilen schützt die Polizei das Dorf, so gut sie kann. Aber die ständigen Patrouillen sind auch nicht nach jedermanns Geschmack. Ibo zum Beispiel, der Kurde vom Paradies, hat mit den Rechten keine Probleme, zu den Linken äußert er sich nicht. Aber die Polizeiposten vor seinem Lokal und gegenüber, beim Bahnhof, die machen ihm zu schaffen: »Das schreckt doch die Gäste ab, die hierherkommen, um sich zu entspannen.« – »Das Thema wird aufgebauscht«, sagt ein Stammgast. Die beiden Gruppen, die nach Fichtenberg wallfahrten, vergleicht er mit Dorfbanden. »Die gehen aus Langeweile aufeinander los, einer provoziert den anderen.«

Samstagabend, kurz nach sieben Uhr. Polizeihauptkommissar Hans Ulrich Stuiber hat gerade am Bahnhof nach dem Rechten gesehen. »Wir haben die Situation im Griff«, sagt er und erzählt von dem Blumenstrauß und dem Kaffee, die ein paar Fichtenberger der Streife in den vergangenen Wochen gebracht haben. »Weil ihr das so schön macht.« Stuiber ist zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit der Polizeidirektion. Er weiß, dass viele Bewohner sich aber auch nicht gerade freuen, »wenn die Bullerei immer da ist«. Im Moment lassen sich weder Rechte noch Linke, noch Polizeibeamte blicken, aber der Eindruck täuscht. »Hier sind mehr Polizisten, als man sehen kann«, sagt der Kommissar.

Der rechte Szenetreff liegt in einer engen Gasse. Eine Erbgemeinschaft stellt das Haus zur Verfügung. Die Treffen selbst finden auf privatem Grund statt und können daher nicht verboten

werden. Aber »sobald einer von denen kommt, dürfen wir Platzverweise erteilen«, sagt Stuibler. »Übrigens auch gegen das linke Gegenpotenzial.« Er deutet auf ein Loch in der Glastür des Szenetreffs. »Das waren die Linken«, sagt er und berichtet, wie beide Gruppen vor Kurzem aufeinander losgingen. Schlimmeres sei durch den schnellen Einsatz der Polizei verhindert worden. In der Antifa-Szene wird der Vorfall natürlich ganz anders beschrieben. Stundenlang seien Nazis bewaffnet durch die Straßen gezogen, um versprengte Linke zu jagen. »Wie so oft war der Staat auf dem rechten Auge blind.«

Das Wochenende ist vorbei. Stuibers Leute haben ein paar Platzverweise erteilt, ansonsten ist es ruhig geblieben. Am Osterbrunnen auf dem Marktplatz stehen zwei ältere Frauen und schütteln den Kopf. »Unmöglich so was!« Ein Teil der Osterdekoration wurde von Jugendlichen zerstört. »Die Gemeinde könnte doch am Brunnen Wachtposten aufstellen lassen«, schlägt eine der beiden vor.

#### **»Wir müssen es ohne die Polizei schaffen«, sagt der Bürgermeister**

Roland Miola, der Bürgermeister, setzt auf eine andere Strategie. Da Fichtenberg seine Nazis nicht loswerden kann, sucht er nach Wegen, wie man mit ihnen leben könne. In den Läden müssen die Rechten nun Bestellungen aufgeben, die dann ein Einzelner abholen darf. Vereinen empfiehlt man, die Truppe ruhig, aber bestimmt auszuladen, wenn sie auf einem ihrer Feste auftaucht. Außerdem führt die Gemeinde mit den ortsansässigen Vertretern beider Gruppen Gespräche. »Die Dauerbelagerung durch die Polizei ist keine Lösung für das Dorf«, sagt Bürgermeister. »Wir müssen es ohne die Beamten schaffen.«

28.04.2007 [www.spiegel-online.de](http://www.spiegel-online.de)

#### **FILBINGER- AFFÄRE**

##### **Oettingers Redenschreiber abgeschoben**

Aus seiner Rede zum Tode von Hans Filbinger hat Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger nun doch personelle Konsequenzen gezogen. Der Verfasser wird in eine andere Abteilung versetzt - und soll zu einem späterem Zeitpunkt die Staatskanzlei gänzlich verlassen. [mehr...](#)

28.04.2007 [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de)

##### **\* Razzien bei Rechtsextremen in Osnabrück und Mittweida**

In mehreren Bundesländern hat es am Morgen Großrazzien in der rechtsextremen Szene gegeben. In Osnabrück und Mittweida wurden dutzende Wohnungen durchsucht, auch gegen NPD-Mitglieder wird ermittelt. Die vor allem im Raum Mittweida aktive Gruppe "Sturm 34" wurde vom sächsischen Innenministerium verboten. [\[mehr\]](#)

28.04.2007 [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de)

##### **\* Neonazis und 1. Mai: Kritik an Bundesregierung**

NPD und andere Neonazis wollen am 1. Mai in allen Teilen Deutschlands aufmarschieren. Doch die Regierung sieht darin jedoch kein koordiniertes Vorgehen. Die Opposition warf ihr gegenüber tagesschau.de deshalb eine Verharmlosung des organisierten Rechtsextremismus' vor. [\[mehr\]](#)

- **Dossier: Rechtsextremismus in Deutschland**

28.04.07 <http://www.redok.de/content/view/656/36/>

#### **++ Kameradschaftliche NPD ++**

Dresden. Unmissverständlich solidarisieren sich die sächsischen Nationaldemokraten mit den so genannten Freien Kräften. Deren Militanz aus der Vergangenheit scheint dabei keine Hemmschwelle mehr darzustellen.

30.04.2007 **Heimlich, still und leise**

NPD und »Freie Kameradschaften« nutzen den Harz immer mehr als Rekrutierungsfeld von Reimar Paul

--> <http://www.jungewelt.de/2007/04-30/044.php>

30.04.2007 [www.mdr.de/nachrichten/4425154.html](http://www.mdr.de/nachrichten/4425154.html)

#### **Rechtsextremismus und Nationalsozialismus**

##### **Knobloch: Schule sollte mehr über NS-Zeit informieren**

Das Thema Nationalsozialismus sollte nach Ansicht der Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, im Unterricht größeren Raum bekommen. Knobloch sagte am Montag in Halle auf einer Veranstaltung für Pädagogen zum Thema Rechtsextremismus, Lehrer sollten den Heranwachsenden sagen, "dass sie keine Schuld tragen an den Verbrechen der Generation ihrer Großeltern". Aber es

sei genauso wichtig, der Jugend beizubringen und ihr zu helfen, sich mit dieser Geschichte auseinanderzusetzen. Zuvor hatte Knobloch im Gespräch mit MDR INFO gefordert, der Nationalsozialismus dürfe nicht in fünf Unterrichtseinheiten abgehandelt werden. Sie sprach sich auch dafür aus, das Thema nicht nur im Geschichtsunterricht zu behandeln, sondern auch in anderen Fächern wie Ethik oder Religion. Zudem sollte nicht nur der Nationalsozialismus selbst behandelt werden, sondern auch seine Ursachen. Knobloch warnte auch davor, die Aufklärung über Nationalsozialismus und Rechtsextremismus allein der Schule aufzutragen.

### **Böhmer kritisiert Desinteresse an Demokratie**

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) sieht eine Ursache für die wachsende Akzeptanz rechtsradikaler Haltungen in einer abnehmenden oder fehlenden politischen Verantwortung der Bürger. "Die geringe Beteiligung an der Kommunalwahl ist für mich ein Beweis, dass bei vielen das Verständnis für unser demokratisches System fehlt", sagte er. Schule sei ein Ort des menschlichen Miteinanders, an dem wichtige Mechanismen der Demokratie erlernt und eingeübt werden könnten.

### **Verlag: NS-Zeit kommt im Unterricht nicht zu kurz**

Der Redaktionsleiter Gesellschaftswissenschaften beim Schulbuch-Verlag Cornelsen, Götz Schwarzrock, widersprach der Auffassung Knoblochs in Bezug auf die Behandlung des Themas Nationalsozialismus im Unterricht. In der Regel würden insgesamt zwölf verschiedene Aspekte von der Machtergreifung der Nazis bis zum Holocaust und den Vertriebenen behandelt, sagte er MDR INFO. Wenn man bedenke, dass jede Unterrichtseinheit je nach Schulform mindestens 25 bis 30 Stunden umfasse, werde fast ein halbes Jahr über das Thema unterrichtet. Der Vormarsch rechtsradikalen Gedankenguts liege sicherlich nicht an den Lehrplänen, sondern am gesellschaftlichen Umfeld, sagte Schwarzrock.

### **"NPD-Demonstration in Erfurt ist antisemitisch"**

In dem Gespräch mit MDR INFO wandte sich Knobloch mit scharfen Worten gegen die am 1. Mai in Erfurt geplante Demonstration der rechtsextremen NPD. Der Aufmarsch sei eindeutig rechtsextremistisch und antisemitisch. Leider gebe es in Deutschland kein Gesetz, solche Demonstrationen zu verbieten. Dies sei die einzige Möglichkeit, sich gegen das antisemitische Vorgehen der NPD zu wehren.

01.05.2007 [www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56826](http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56826)

**Newsletter vom 01.05.2007 - Nicht fremd**

**DORTMUND/ERFURT/RÜSSELSHEIM** (Eigener Bericht) - **Mehrere tausend Neonazis werden am heutigen Dienstag bei Aufmärschen in sechs deutschen Städten erwartet.** Die Demonstrationen am 1. Mai, einem landesweiten Feiertag, vereinigen unterschiedliche Flügel des deutschen Rechtsextremismus und werben unter Rückgriff auf NS-Parolen für einen "nationalen Sozialismus". Die außenpolitische Komponente der NS-Aufmärsche richtet sich insbesondere gegen die USA. Den Vereinigten Staaten gilt eine seit Wochen andauernde neonazistische Kampagne, die anlässlich des kommenden Gipfels der Industriestaaten (G8) kulminieren soll. Das G8-Treffen wird Anfang Juni in Heiligendamm (Bundesland Mecklenburg-Vorpommern) stattfinden. Die neonazistischen Organisationen radikalisieren mehrere Traditionslinien der deutschen Außenpolitik. Propagiert werden Bündnisse mit Russland und Iran, die Berlin mehrfach zu Partnern erklärte, wenn die "Westbindung" einen weiteren Machtzuwachs Deutschlands nicht mehr gewährleisten konnte. Die rechtsextremen Strategiepläne beziehen inzwischen auch Lateinamerika ein und nutzen die dortige Zurückweisung der

US-Hegemonie zu eigenen Aufrufen gegen Washington, den "Hauptfeind" des deutschen NS-Lagers.

01.05.2007 [www.kurier.at](http://www.kurier.at)

## Rechte Töne in Dänemark

### Dänemark: Rechtsextremer Wirbel

Die Regierungspartei DVP bezeichnet Schwule als "Behinderte", Kopftuchträgerinnen als "psychiatriebedürftig". Den Premier stört das nicht.

Nachwuchspolitiker Morten Messerschmidt von der Regierungspartei DVP sorgt für Wirbel. Seinem Premier ist das egal. Führende Politiker aus der mitregierenden rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei (DVP) haben in den letzten Wochen für Aufregung gesorgt. Nachdem Schwule als "Behinderte", Trägerinnen von Kopftüchern als "psychiatriebedürftig", und das Kopftuch selbst als islamisches Symbol "wie das nationalsozialistische Hakenkreuz" bezeichnet wurden, sang nun der Parlamentsabgeordnete Morten Messerschmidt im Vollrausch im Kopenhagener Vergnügungspark Tivoli Nazi-Lieder und rief mit ausgestrecktem Arm "Sieg Heil" und "Heil Hitler".

### Verurteilt

Messerschmidt trat, obwohl er die Berichte bestreitet und sich wegen seines Alkoholpegels nicht an Einzelheiten erinnern könne, nach einer Rüge von Parteichefin Pia Kjærsgaard aus seiner Partei aus. Er wolle der DVP "weiteren Ärger ersparen", sagte der 26-jährige Nachwuchspolitiker und bleibt als Unabhängiger im Parlament (Folketing).

Messerschmidt wurde 2003 zu 14 Tagen Haft auf Bewährung verurteilt, weil er eine Plakatkampagne für seine Partei betrieb, in der multiethnische Gesellschaften mit Massenvergewaltigung und Bandenkriminalität gleichgesetzt wurden.

### Von DVP abhängig

Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen ist von der DVP als Mehrheitsbeschafferin im Parlament abhängig, mehr als eine Zurückweisungen der Äußerungen ohne Androhung von Konsequenzen war von Rasmussens liberaler Partei "Venstre" nicht zu hören.

Seit sechs Jahren arbeitet die Minderheitsregierung aus Rasmussens Partei und Konservativen mit der DVP zusammen und ist von deren 23 Stimmen im Parlament abhängig. Gemeinsam hat man die härtesten Zuzugsbeschränkungen für Ausländer in Westeuropa durchgesetzt und damit Wahlen gewonnen.

### "Widerstandskampf"

**DVP-Abgeordneter: "Alle westlichen Länder sind von Muslimen infiltriert. Einige von ihnen reden freundlich mit uns und warten nur darauf, dass sie irgendwann genug sind, um uns totzuschlagen"**

Von Beginn der Regierung an "flankierte" DVP-Prominenz wie der evangelische Pastor Sören Krarup und der Europaabgeordnete Mogens Camre diese Zusammenarbeit immer wieder mit Äußerungen, die in anderen Ländern das sofortige Karriere-Aus bedeutet hätten. "Alle westlichen Länder sind von Muslimen infiltriert. Einige von ihnen reden freundlich mit uns und warten nur darauf, dass sie irgendwann genug sind, um uns totzuschlagen", verkündete Camre auf einem Parteitag.

Krarup forderte zu einem "Widerstandskampf" gegen islamische Zuwanderung auf, "der vielleicht tief greifender als der gegen die deutschen Besatzer (im Zweiten Weltkrieg) wird, weil wir Widerstand gegen das leisten müssen, was schlicht die Vernichtung dänischer Freiheit, Volksherrschaft und Kultur bedeutet".

### Hetze gegen Günter Grass

Auch dass Krarup die Todesstrafe nicht "unter allen Umständen" ablehnen mag, hat den dänischen Ministerpräsidenten noch nicht zur Drohung mit Konsequenzen bewegt. Rasmussen distanziert sich immer mal wieder von besonders extremen Äußerungen aus der DVP, fügt aber gerne hinzu, dass "ja so viel geredet wird" und will sich nicht in "innerparteiliche" Angelegenheiten der DVP einmischen. Mit 13,3 Prozent wurde die DVP bei den Wahlen von 2005 drittstärkste Partei in Dänemark. Auch abseits der ganz großen Schlagzeilen werben die rechten Frontfiguren mit erheblichem Medienecho für ihre Ziele. Messerschmidt konnte eine stark beachtete Kampagne gegen das Sommerhaus des deutschen Nobelpreisträgers Günter Grass auf der dänischen Ostseeinsel Mön in Gang bringen. Damit sei gegen das Verbot des Verkaufs von Ferienhäusern an Ausländer verstoßen worden, sagte Messerschmidt und nannte als Hauptmotiv: "Für mich gilt: Dänen zuerst."

### Schleswig-Holstein gefordert

Krarup verlangt als erster namhafter Kopenhagener Politiker seit dem Zweiten Weltkrieg die Übergabe von Teilen Schleswig-Holsteins an Dänemark. Als Gymnasiasten von der dänischen Minderheit aus Flensburg in Kopenhagen frohgemut über ihren Alltag mit deutsch-dänischen Elternpaaren berichteten, belehrte sie der Pastor, dass sie sich schon irgendwann entscheiden müssten: "Man kann nicht das Blut von zwei Vaterländern in sich haben. Das zerreißt den Menschen."

**Artikel vom 01.05.2007, 15:52 | APA, dpa, | hjh, Thomas Borchert**

**01.05.2007** [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

### **2.000 bei Rock gegen Rechts in Leipzig**

2.000 Menschen haben mit einem Rockkonzert am Völkerschlachtdenkmal gegen Rechtsextremismus demonstriert. Nach Angaben der Polizei verlief die Veranstaltung friedlich. Das Konzert stand unter dem Motto "Gegen Gewalt und Rassismus". Dabei traten unter anderen Anna Loos, Sebastian Krumbiegel von den Prinzen und Hannes Wader auf. Die Konzertreihe war 1997 als Protest gegen die Demonstrationen von Rechtsextremen in Leipzig ins Leben gerufen worden.

**01.05.2007** [www.spiegel.de/schulspiegel/leben/0,1518,480241,00.html](http://www.spiegel.de/schulspiegel/leben/0,1518,480241,00.html)

### **VERKLEIDETE RECHTE**

#### **Tarnkappen- Nazis buhlen um junge Linke**

Sie tragen die Klamotten der Linken und plündern die Symbole der Antifa - vom Che-Guevara-Button bis zum Palästinensertuch. "Autonome Nationalisten" treiben ein bizarres Versteckspiel, um Jugendliche zu umgarnen. Der Verfassungsschutz reagiert alarmiert. Von Timo Nowack und Markus Flohr [mehr...](#)

### **Zum Thema**

Mai- Krawall in Berlin: Party, pöbeln, Polizei

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,480359,00.html>

Demos zum 1. Mai: Krawalle in Berlin - Randalierer festgenommen

<http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,480352,00.html>

Rechtsextremismus: So werden Mädchen zu Nazi- Bräuten

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/0,1518,460455,00.html>

Vertretungsstunde mit Bela B.: Wenn der Alt- Punk über Nazis redet

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/0,1518,459957,00.html>

Anti- Nazi- Demo: "Verratet eure Namen nicht, wenn ihr verhaftet werdet"

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/leben/0,1518,466353,00.html>

Studenten in Moskau: Stubenarrest am Hitler- Geburtstag

<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,478438,00.html>

Satire gegen Rechtsradikale: Ein Apfel für die Nazis

<http://www.spiegel.de/unispiegel/wunderbar/0,1518,414103,00.html>

Neonazis: Schlips statt Springerstiefel

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/0,1518,435902,00.html>

Rechte Kölner Jugendzeitung: Tschechisch ist geil

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/0,1518,434251,00.html>

**01.05.2007** [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

### **Erfurter verhindern NPD-Aufmarsch**

In Erfurt haben zahlreiche Anhänger der NPD randaliert. Sie warfen mit Flaschen auf Polizisten und beschädigten Autos und Häuser. Die Beamten drängten die Angreifer zurück und nahmen mehrere von ihnen fest. Anschließend löste die Polizei die NPD-Veranstaltung auf. Gegen-Demonstranten und viele Erfurter hatten den Nazi-Aufmarsch zuvor mit einer Sitzblockade gestoppt. Über zweitausend Menschen nahmen an dem friedlichen Protest teil. - In einem Wohnviertel gab es allerdings auch Zusammenstöße mit Autonomen. Sie beschädigten ebenfalls Autos und zündeten vereinzelt Mülltonnen an. Es gab auch hier Festnahmen.

**02.05.2007** **Abwehr gegen rechts**

Dortmund, Nürnberg, Erfurt, Raunheim, Rüsselsheim: Tausende protestierten gegen

Neonaziaufmärsche von Ulla Jelpke, Dortmund, und Lothar Bassermann, Erfurt

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-02/044.php>

### **02.05.2007 Fans in »Sippenhaft«?**

Über Randalen und Rassismus beim Fußball wird mittlerweile viel geredet. In Braunschweig springt dabei ein Fanprojekt heraus von Stefan Otto

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-02/006.php>

### **02.05.2007 »Abschrecken von Zivilcourage«**

Bußgeldbescheide gegen Antifas, die Neonaziaufmärsche blockierten. Ein Gespräch mit Hanka Kelthelm von Lothar Bassermann

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-02/007.php>

### **03.05.2007 [www.focus-online.de](http://www.focus-online.de)**

#### **Staatsanwaltschaft**

#### **Oettinger verherrlichte Nazitum nicht**

Seine umstrittene Filbinger-Rede hat für den baden-württembergischen Ministerpräsident Günther Oettinger offenbar keine strafrechtlichen Konsequenzen. [weiter](#)

### **03.05.2007 Der Tagesspiegel: Mehr als 13 000 Hooligans in der Bundesrepublik - zehn Prozent gelten als rechtsextrem**

Berlin (ots) - Die Polizei hat unter den deutschen Fußballfans mehr als 13 000 Hooligans festgestellt. 10 480 zählen zu den Anhängern der Vereine der je zwei Bundes- und Regionalligen. Weitere 2700 werden den Fans der Mannschaften der neun Oberligen zugerechnet. Die Zahlen finden sich in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linkspartei) und ihrer Fraktion. Die Antwort liegt dem Tagesspiegel vor.

Etwa 400 Hooligans aus der Anhängerschaft der Vereine der Bundes- und Regionalligen ordnet die Polizei dem rechten Spektrum zu. Insgesamt ist die Zahl der rechtsextremen Hooligans aber deutlich höher: Laut Bundesregierung hat der Verfassungsschutz bei knapp zehn Prozent der in der Polizeideatei "Gewalttäter Sport" (Stand November 2006) erfassten 9399 Hooligans "Erkenntnisse aus dem rechten Phänomenbereich". Demnach sind etwa 1000 Hooligans mit rechtsextremen Aktivitäten aufgefallen. Die Mehrheit der rechten Hooligans ist offenbar den Fans von Amateurklubs unterhalb der Regionalligen zuzurechnen. Über die Oberligen hinaus sind allerdings in der Antwort der Bundesregierung keine Angaben zu Hooligans und Vorfällen in weiteren Amateurligen enthalten, obwohl die Fraktion der Linkspartei in ihre Fragen alle Spiele bis hin zur Kreisklasse einbezogen hatte.

Allein im zweiten Halbjahr 2006 sind bei Krawallen im Zusammenhang mit Fußballspielen in den Bundes-, Regional- und Oberligen 461 Personen verletzt worden, darunter 104 Polizisten. Betroffen waren auch 144 Unbeteiligte und 213 Hooligans selbst. Die Polizei zog von Juli bis Dezember 2006 bei Spielen der genannten Ligen 3604 Hooligans aus dem Verkehr. Zwei Drittel wurden vorläufig festgenommen, den Rest steckte die Polizei zur Gefahrenabwehr in Gewahrsam. Außerdem wurden 1908 Strafverfahren eingeleitet. Nach Angaben der Bundesregierung sind derzeit etwa 2950 Personen "von bundesweit wirksamen Stadionverboten betroffen".

**Pressekontakt:**

**Chef vom Dienst**

**Telefon: 030-260 09-308**

**Der Tagesspiegel**

**Thomas Wurster**

**Fax: 030-260 09-622 [cvd@tagesspiegel.de](mailto:cvd@tagesspiegel.de)**

### **03.05.2007 [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de)**

#### **\* Ueckermünde: CDU-Politiker vermietet Büro an NPD**

CDU-Politiker Breß steht unter Druck: Der Stadtvertreter aus dem mecklenburg-vorpommerschen Ueckermünde hat ein Wahlkreisbüro an den NPD-Landtagsabgeordneten Müller vermietet. Dagegen will Bürgermeisterin Michaelis von der Linkspartei nun vorgehen. [\[mehr\]](#)

### **04.05.2007 [www.mdr.de](http://www.mdr.de)**

### **Nach Verbot von "Sturm 34" - Buttolo in Mittweida**

Sachsens Innenminister Buttolo will heute in Mittweida mit Vertretern der Stadtverwaltung und Polizei über den Rechtsextremismus im Landkreis sprechen. Hintergrund sind ausländerfeindliche Übergriffe, die sich seit Jahresbeginn gehäuft haben. Eine Arbeitsgruppe soll jetzt Maßnahmen dagegen planen. In der vergangenen Woche hatte Buttolo die in der Region aktive rechtsgerichtete Gruppierung "Sturm 34" verboten.

04.05.2007 [www.spiegel-online.de](http://www.spiegel-online.de)

### **MECKLENBURG- VORPOMMERN**

#### **NPD- Funktionär wollte mit Schlagstock in den Landtag**

Seit einigen Wochen werden Besucher des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern am Eingang gefilzt. Nun fanden Sicherheitsbeamte bei einem hochrangigen NPD-Politiker einen Schlagstock. Schlimm genug - doch auch die Gesamtbilanz der Kontrollen ist alarmierend. Von Philipp Wittrock [mehr...](#)

### **04.05.2007 Stuttgart Nachrichten: Günter de Bruyn: Im Osten tobt sich Frustration aus - "Freiheit nicht stärker einschränken als nötig"**

Stuttgart (ots) - Nach Ansicht des Schriftstellers Günter de Bruyn fördert Perspektivlosigkeit den zunehmenden Rechtsextremismus unter ostdeutschen Jugendlichen. Den Stuttgarter Nachrichten (Freitag) sagte er anlässlich seiner Ehrung mit dem Hanns-Martin-Schleyer-Preis am selben Tag: "Die **erschreckenden rechtsextremistischen Tendenzen**, die sich vor allem in der Jugend Ostdeutschlands bemerkbar machen, haben vor allem soziale Gründe. Was sich hier austobt ist Frustration, Perspektivlosigkeit und Bildungsmangel." Das beste Mittel dagegen wäre die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. De Bruyn, der Nazi- und SED-Herrschaft erlebte, sagte: "Bequemer ist es, alles der DDR-Vergangenheit anzulasten, aber diese Ausrede ist verjährt."

Der 80-Jährige warnt davor, Freiheit politisch allzu stark einzuschränken. "Bedroht ist Freiheit auch durch uns selbst, wenn wir sie nämlich um unserer Sicherheit willen stärker einschränken, als tatsächlich nötig ist." Sogar durch politische Korrektheit werde die Freiheit eingeengt. "Politische Korrektheit bringt solche umständlichen Begriffe wie "Menschen mit Migrationshintergrund" hervor und machte jede Diskussion über Probleme der Zuwanderung, der Parallelgesellschaften und Ähnliches schwierig, weil jede falsche Vokabel schon rufschädigend sein kann."

**Rückfragen bitte an:** **Stuttgarter Nachrichten**  
**Chef vom Dienst** **Joachim Volk**  
**Telefon: 0711 / 7205 – 7110** [cvd@stn.zgs.de](mailto:cvd@stn.zgs.de)

05.05.2007 [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

### **Mittweida**

#### **Fördergelder für Kampf gegen Rechts**

Im Kampf gegen Rechtsextremismus erhält der Landkreis Mittweida 20.000 Euro Fördergelder. Das gab der sächsische Innenminister Buttolo am Freitag bekannt.

Bereits am Donnerstag hatte Landrat Andreas Schramm angekündigt, dass der Landkreis 100.000 Euro zur Verfügung stellen wird. Das Geld wird in diesem und im nächsten Jahr gezahlt. Zuvor hatte die Bundesregierung eine Förderung aus formalen Gründen abgelehnt. Buttolo hatte am Freitag auch regionale Unternehmen aufgefordert, Aktionen gegen Rechts finanziell zu unterstützen. Die Kreissparkasse Mittweida hatte bereits 20.000 Euro Förderung zugesagt. Mittweida will die Fördergelder in ein lokales Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus investieren. Das teilte Landrat Schramm am Freitag mit.

### **Rechtsextreme Gruppe verboten**

Im Landkreis Mittweida hatte es in den vergangenen Monaten zahlreiche

Übergriffe von Rechtsextremen gegeben. Erst im April hatte Buttolo die rechtsextreme Gruppierung "Sturm 34" verboten. Der Innenminister begründete das Verbot mit der nationalsozialistischen Ausrichtung der Vereinigung. Außerdem hätten die Anhänger rassistische Ziele verfolgt. "Sturm 34" war vor allem im Raum Mittweida aktiv.

#### **Linke.PDS kritisiert Landrat vom Muldentalkreis**

Die Muldentaler Kreisrätin Kerstin Köditz (Die Linke.PDS) hatte unterdessen das Verhalten des Landrates Gerhard Gey (CDU) kritisiert. Der Landrat des Kreises Muldentalkreis hatte sich in der vergangenen Woche mit Mandatsträgern der rechtsextremen NPD getroffen. Köditz sagte, mit dem Treffen habe Gey die NPD aufgewertet, da er sie als gleichberechtigten Gesprächspartner akzeptiere. Köditz will nun eine Sondersitzung des Kreistages einfordern.

**05.05.2007** [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

#### **Proteste gegen NPD-Aufmarsch**

In Schönhausen im Kreis Stendal wollen heute hunderte Menschen gegen einen Aufmarsch der rechtsextremen NPD protestieren. Ein Bündnis gegen Rechts plant unter dem Motto "Gesicht zeigen" mehrere Veranstaltungen in der Stadt im Elbe-Havel-Winkel. Auch Innenminister Hövelmann und Landtagsvizepräsidentin Paschke kommen nach Schönhausen. Der Aufmarsch der NPD beginnt am Nachmittag, vor Ort ist auch ein Großaufgebot der Polizei.

**05.05.2007** [www.spiegel-online.de](http://www.spiegel-online.de)

#### **FALL FÜRST**

##### **Showdown für den Regensburger CSU- Rechtsaußen**

CSU-Aufbruch im malerischen Regensburg: Sieben Ortsvorsitzende haben ein Dossier über rechte Umtriebe in der Stadt-Partei vorgelegt. Sie möchten, dass die CSU-Spitze gegen den umstrittenen Stadtrat Thomas Fürst vorgeht - die SPD denkt eher an den Verfassungsschutz. Von Sebastian Fischer, München [mehr...](#)

**06.05.2007** [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

#### **Gedenken an Opfer der Todesmärsche bei Wurzen**

Im Muldentalkreis ist an die Opfer der Todesmärsche kurz vor Kriegsende 1945 erinnert worden. Auf einem Gedenkmarsch zwischen Borsdorf und Wurzen gingen rund 150 Teilnehmer die Strecke nach, die tausende Häftlinge und Zwangsarbeiter laufen mussten. An allen Stationen wurde eine Ausstellung zu den Todesmärschen gezeigt. Schirmherr der Veranstaltung war Schauspieler Peter Sodann. An dem Marsch beteiligten sich auch Kreisräte des Muldentalkreises, die damit ein Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen wollten.

**07.05.2007** »Keine erhöhten Antisemitismus-Werte«

Gutachten bewertet Eklat an Berliner Polizeischule als Mißverständnis. Zeitzeuge widerspricht von Sebastian Wessels

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/05-07/048.php>

**07.05.2007** Ein Fall für den Verfassungsschutz

Ortsvorsitzende der CSU haben Sorge vor allzu rechtem Rand in der Partei von Claudia Wangerin

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-07/041.php>

**07.05.2007** »NPD und militante Neonazis rücken enger zusammen«

Proteste gegen Neonazi-Veranstaltung am 8. Mai in Berlin-Neukölln. Ein Gespräch mit Marek Seilson von Lothar Bassermann

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-07/027.php>

**07.05.2007** [www.md.de](http://www.md.de)

#### **Festnahmen nach Gegen-Rechts-Demo in Leipzig**

Bei einer Demonstration gegen eine Veranstaltung einer NPD-nahen Organisation hat die Polizei in Leipzig acht Menschen festgenommen.

Nach Angaben der Polizei protestierten gestern abend 500 linke Demonstranten gegen das Treffen des Geschichtlichen Gesprächskreises Leipzig. Mehrere von ihnen versuchten demnach den abgesperrten Veranstaltungsort zu erreichen. Acht von ihnen seien wegen eines Verstoßes gegen Platzverweise und der Beschädigung eines Streifenwagens festgenommen worden.

**07.05.2007**     [www.focus-online.de](http://www.focus-online.de)

**Dresden**

**Neonazi schlägt Türken Gesicht ein**

In Dresden ist ein Türke bei einem Überfall in einer Straßenbahn durch drei Rechtsextremisten schwer verletzt worden. Er erlitt eine Fraktur im Gesicht. [weiter](#)

**08.05.2007**     **Kampagne für ein NPD-Verbot**

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-08/047.php>

**08.05.2007**     [www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56834](http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56834)

**Newsletter vom 08.05.2007 - 8. Mai: "Morgen ein Sieg"**

BERLIN/JENA (Eigener Bericht) - **Unter dem Motto "Gestern eine Niederlage, morgen ein Sieg" begehen deutsche Neonazis den heutigen Jahrestag der Befreiung Europas von der NS-Herrschaft.** Die provokatorische Losung begleitet eine Saalveranstaltung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), die unter dem Schutz deutscher Hauptstadtdbehörden steht. In Berlin wird ein bekannter Geschichtsrevisionist über die "Kontinuität amerikanischer Besatzungspolitik" referieren. Die Veranstaltung ist Teil einer breit angelegten NPD-Kampagne, die sich gegen die USA richtet und in einer Demonstration gegen den G8-Gipfel Anfang Juni kulminieren soll. Parallel arbeitet die Partei an einem europaweiten rechtsextremen Bündnis, das die früheren Alliierten NS-Deutschlands zusammenführt und ein Abbild der Optionen deutscher Europa-Politik zeichnet. Beteiligt sind Organisationen aus Spanien, Italien, Ungarn und Bulgarien. Nächster Höhepunkt der außenpolitischen Aktivitäten ist ein europaweites Kulturfestival, das für Anfang September in Jena (Bundesland Thüringen) angekündigt ist und jährlich wiederholt werden soll. Im Bündnis mit der NPD treten verurteilte Mörder und Angehörige aus dem Gewaltmilieu auf.

**08.05.2007**     **Deutschlandradio Kultur, Länderreport**

**vom 08.05.2007, 13:07 Uhr**

**Wittstock - eine Kleinstadt wehrt sich gegen den Rechtsextremismus**

**Bürgerbündnis gegen Neonazis**

Wittstock an der Dosse ist eine Kleinstadt in Brandenburg mit rund 16.000 Einwohnern. Um die Jahrtausendwende kam die Stadt immer wieder negativ in die Schlagzeilen. Neonazis und NPD machten sich breit. Es gab Überfälle und rechte Aufmärsche. Lange wurde das Problem ignoriert und dann formierte sich Widerstand. 2001 gründete die Stadt ein Aktionsbündnis gegen Rechts.

**Lesen Sie mehr unter:** <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/laenderreport/620806/>

**09.05.2007**     **Rechtspopulist auf linker Liste**

Ehemaliger Schill-Parteigänger konnte Kandidatur in Bremerhaven erschleichen von Andreas Grünwald

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-09/040.php>

**09.05.2007**     **Glatzenpflege reloaded?**

CDU-Landrat traf sich im sächsischen Grimma mit »Volkstreuer Jugend«. Ob er tatsächlich 2000 Euro für deren braune »Jugendarbeit« versprach, ist noch unklar von Lothar Bassermann

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-09/017.php>

**09.05.2007**     [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

**Rechtsextremismus**

**NPD-Entgleisung im Dresdner Landtag**

Die rechtsextreme NPD hat erneut mit fremdenfeindlichen Äußerungen

im sächsischen Landtag für einen Eklat gesorgt. Fraktionschef Holger Apfel bezeichnete während einer Parlamentsdebatte Ausländer unter anderem als "Wohlstandsneger". Mit Blick auf das Zuwanderungsgesetz sprach er zudem von "überfremdungspolitischen Ungeheuerlichkeiten der schwarz-rot-gelb-grünen Volksabwickler". Ziel der anderen Parteien sei es, so Apfel weiter, eine "entwurzelte Masse ethnokultureller Kastraten zu schaffen". Es müsse den Verantwortlichen immer klar gewesen sein, "dass man Neger und Tatarenstämme nicht einfach in Deutschland integrieren" könne.

### **Kritik an Iltgen - Landtagspräsident hätte Apfel stoppen müssen**

Für zusätzliche Verärgerung sorgt das Verhalten von Landtagspräsident Erich Iltgen. Der CDU-Politiker hatte die Äußerungen Apfels stillschweigend hingenommen. Sachsens Ausländerbeauftragte Friederike de Haas von der CDU sagte daraufhin im Plenum, Apfel hätte einen Ordnungsruf verdient. Sie warf dem NPD-Abgeordneten menschenverachtende Äußerungen vor, die des Parlaments unwürdig seien.

Der parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion.PDS, André Hahn, monierte, Iltgen sei offenkundig nicht mehr in der Lage, den Ausführungen richtig zu folgen. Es sei nicht zu begreifen, dass er keinerlei Reaktion gezeigt habe.

Apfel habe in seiner Rede gleich mehrfach die Grenzen des Erträglichen überschritten.

### **Iltgen erteilt nachträglichen Ordnungsruf**

Landtagspräsident Iltgen reagierte auf die Kritik und erteilte dem Fraktionschef der rechtsextremen NPD, Apfel, einen nachträglichen Ordnungsruf. Apfel habe die in Deutschland lebenden Ausländer und Asylbewerber pauschal verunglimpft und beleidigt. Iltgen sprach von ungeheuerlichen Äußerungen, die den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllten.

### **10.05.2007 »Geschichtsunterricht« keine Beleidigung**

Münchner Journalist nach Klage von Polizeibeamten wegen angeblichen Vergleichs mit SA freigesprochen von Claudia Wangerin

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/05-10/044.php>

### **10.05.2007 [www.focus-online.de](http://www.focus-online.de)**

#### **Sachsen**

#### **Rechtsextreme Parolen im Landtag**

Die rechtsextreme NPD hat im sächsischen Landtag erneut einen Eklat ausgelöst. Ihr Fraktionsvorsitzender hetzte gegen „Wohlstandsneger“ und „Tatarenstämme“. [weiter](#)

### **10.05.2007 [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de)**

#### **\* NPD sorgt für neuen Eklat im sächsischen Landtag**

Die rechtsextreme NPD hat im Landtag von Sachsen erneut mit ausländerfeindlichen Parolen für Empörung gesorgt. In einer Debatte zum Zuwanderungsgesetz bezeichnete Fraktionschef Apfel in Dresden Ausländer als "arrogante Wohlstandsneger" und sprach von "staatsalimentierten orientalischen Großfamilien". [\[mehr\]](#)

### **10.05.2007 [www.md.de](http://www.md.de)**

#### **Neuer Prozess um Bücherverbrennung in Pretzien**

Die Verbrennung eines Anne-Frank-Tagebuchs in Pretzien wird vor Gericht neu verhandelt. Der Anwalt des Haupttäters sagte, alle fünf Verurteilten hätten Berufung eingelegt. Es seien neue Zeugen gefunden worden. Ihre Aussagen könnten die Theorie des Gerichts widerlegen, wonach die Verbrennung des Anne-Frank-Tagebuchs abgesprochen war. Das Amtsgericht Schönebeck hatte die Männer im Alter von 24 bis 29 Jahren im März wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verurteilt. Sie erhielten Bewährungsstrafen von jeweils neun Monaten sowie Geldstrafen.

10.05.2007 <http://www.bpb.de/themen/R2IRZM>

#### Dossier

#### **Rechtsextremismus: Schwerpunkt rechtsextreme Jugendkultur**

Der Rechtsextremismus bedroht die Zivilgesellschaft. Zeit, ihm entschlossen entgegenzutreten. Neuer Monatsschwerpunkt des bpb-Angebots: rechtsextreme Jugendkultur.

10.05.2007 <http://www.bpb.de/veranstaltungen/7Z3ASF>

#### Veranstaltungsdokumentation

#### Rechtsaußen

Glatzköpfig, ostdeutsch - rechtsextrem: Dieses Klischee ist längst Vergangenheit. Besonders für Lokaljournalistinnen und -journalisten heißt das: ein Auge auf die rechtsextreme Bewegung in ihrem Verbreitungsgebiet zu haben und über das Geschehen vor ihrer Redaktionstür zu berichten.

10.05.2007 **Blick nach Rechts** - **Die Inhalte der aktuellen Ausgabe:**

#### Testmarkt Bremen

Neben der DVU treten am 13. Mai mehrere rechts gestrickte Parteien an – Meinungsforscher schätzen das Wählerpotenzial auf rund sieben Prozent.

[http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe102007/testmarkt\\_bremen/](http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe102007/testmarkt_bremen/)

#### Konkurrenz von rechtsaußen [€]

Die Deutschen Konservativen stellen sich unter „Bremen muss leben“ zur Wahl.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe102007/konkurrenzvonrechtsausen/>

#### „Europa erwache“ [€]

Beim zentralen Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai in Dortmund üben NPD-Chef Udo Voigt und der „Freie“ Christian Worch den Schulterschluss – mit dabei auch niederländische Rechtsextreme.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe102007/europaerwache/>

#### „Tag der nationalen Arbeit“ [€]

Jürgen Rieger fordert in Vechta „ein deutsches Reich, frei, selbstständig und unabhängig“.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe102007/tagdernationalenarbeit/>

#### „Inländerfreundlich“ [€]

Der NPD-Fraktionschef Pastörs will „die ganze Bagage aus dem Schweriner Schloss“ jagen.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe102007/inlaenderfreundlich/>

#### Verräterische Fingerabdrücke [€]

Landgericht stellt Verfahren wegen Verbreitens der Schulhof-CD ein.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe102007/verraeterischefingerabdrucke/>

#### „Schreibtischtäter“ [€]

Mit Totschläger in den Landtag.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe102007/schreibtischtaeter/>

#### „Kommissarische Regierungen“ [€]

„Reichsbürger“ sprechen der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland die Legitimität ab.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe102007/kommissarischeregierungen/>

#### Gewalttätiges Potenzial [€]

In Schleswig-Holstein sind die rechtsextrem motivierten Straf- und Gewalttaten immens angestiegen. Die NPD gibt in der Szene den Ton an.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe102007/gewalttaetigespotenzial/>

### **Schmutzige Geheimnisse [€]**

US-Neonazis und Kinderpornographie.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe102007/schmutzigegeheimnisse/>

### **Ziel deutlich verfehlt [€]**

Britische Rechtsextreme treten auf der Stelle.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe102007/zieldeutlichverfehlt/>

### **Orte der Erinnerung [€]**

In zahlreichen Ländern sind neue Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus geplant.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe102007/ortedererinnerung/>

### **Wieder JN-Aktivitäten in NRW**

Bocholt – Der seit Jahren inaktive nordrhein-westfälische Landesverband der Jungen Nationaldemokraten (JN) soll wiederbelebt werden.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/wiederjaktivitaeteninnrw/>

### **Rängeleien mit der Polizei**

Bad Bramstedt – Der NPD-Marsch zum 1. Mai im schleswig-holsteinischen Bad Bramstedt zählte rund 120 Teilnehmer.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/rangeleienmitderpolizei/>

### **Spende für kranke Kinder**

Rostock – Am 19. Mai findet in Rostock, Mecklenburg-Vorpommern, ein Konzert für „Freunde der etwas härteren Musikrichtung“ (Einladungstext) statt.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/spendefuerkrankekinder/>

11.05.2007 [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

### **Tumulte im Magdeburger Stadtrat**

Im Stadtrat von Magdeburg ist es zu Tumulten gekommen. Bei der gestrigen Sitzung rollten **NPD-Mitglieder** auf der Besuchertribüne ein Plakat aus. Die Stadträte protestierten dagegen und die Polizei führte die Rechten aus dem Saal. Ungeachtet der Störung hat sich der Stadtrat für den Bau eines Straßen-Tunnels am Hauptbahnhof ausgesprochen. Ein Antrag der SPD das Millionenprojekt aus Kostengründen zu stoppen, wurde abgelehnt.

12.05.2007 **Schwarzbraune Parolen**

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Regensburger CSU-Funktionäre wegen Volksverhetzung von Claudia Wangerin

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-12/049.php>

12.05.2007 **Schwarze Anklageschrift**

Die Linksfraktion setzt einen Kontrapunkt zum offiziellen »Weißbuch«. Skandalliste der rechtsextremen Exzesse von René Schulz

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-12/039.php>

12.05.2007 **Diskussionen nicht erwünscht**

Dortmunder Stadtrat verhindert Debatte über Neofaschismus und das umstrittene Verhalten der Polizei am 1. Mai von Markus Bernhardt

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/05-12/041.php>

12.05.2007 [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

### **Demo gegen Rechtsextremismus in Mittweida**

In der Mittweida werden heute mehrere hundert Menschen zu einer Demonstration gegen Rechtsextremismus erwartet. Unter dem Motto "Naziterror stoppen - alternative Freiräume schaffen!" wollen sie gegen Ausländerfeindlichkeit protestieren. Die Polizei sichert die Veranstaltung mit einem Großaufgebot ab. Seit Jahresbeginn hatten sich in Mittweida ausländerfeindliche Vorfälle gehäuft. Daraufhin

verbot Innenminister Buttolo Ende April eine rechtsextreme Gruppierung. Der Landkreis plant derzeit einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus. Dafür sind 140.000 Euro in diesem Jahr vorgesehen.

**13.05.2007** [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

### **Ausschreitungen zwischen Rechten und Linken in Magdeburg**

In Magdeburg ist es zwischen Jugendlichen der rechten und linken Szene zu Ausschreitungen gekommen. Dabei wurden gestern laut Polizei zwei Männer verletzt. Einer erlitt einen Nasenbeinbruch, einem weiteren sei mit einer Metallstange auf den Kopf geschlagen worden. Die Ermittler nahmen einen 25-jährigen Linksautonomen fest. Zwei Mittäter wurden noch nicht gefasst. Dem Trio wird gefährliche Körperverletzung vorgeworfen.

**13.05.2007** [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

### **Dessau | Rechtsextremismus**

#### **Hövelmann prüft Vorwurf gegen Glombitza**

Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann (SPD) geht Vorwürfen gegen Dessaus Polizeidirektor Hans-Christoph Glombitza nach. Dieser soll Zeitungen zufolge den Kampf gegen den Rechtsextremismus gebremst haben. Hövelmann sagte MDR 1 RADIO SACHSEN-ANHALT, der Fall werde untersucht. Man erwarte eine Stellungnahme von der Dessauer Polizeipräsidentin Brigitte Scherber-Schmidt, deren Stellvertreter Glombitza ist.

Dem MDR-Regionalmagazin SACHSEN-ANHALT HEUTE sagte der Minister, falls der Vorwurf Bestand habe, sei dies auch strafrechtlich relevant. Dann gehe es um Strafvereitelung im Amt und müsse strafrechtliche Konsequenzen haben. Die Dessauer Staatsanwaltschaft hatte allerdings bereits vergangene Woche ein Ermittlungsverfahren als unbegründet abgelehnt.

Die Linkspartei in Sachsen-Anhalt verlangte Konsequenzen, sollten sich die Vorwürfe bestätigen. Nach Ansicht des Leiters der Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Dessau, Marco Steckel, ist ein solcher Beamter nicht länger tragbar. Steffen Andersch vom Netzwerk gegen Rechtsextremismus forderte im Interview mit MDR INFO den sofortigen Rücktritt Glombitzas, sollte dieser sich tatsächlich in der ihm vorgeworfenen Weise geäußert haben.

#### **"Nur für die Galerie"**

Glombitza soll im Zusammenhang mit rechtsextremen Delikten zu drei Beamten gesagt haben, "dass man nicht alles sehen müsse". Die Staatsschützer, von denen sich einer gegen seine Versetzung wehrt, hatten das Gespräch im Protokoll festgehalten. Demnach wurde am 5. Februar mit Glombitza über die Arbeitsbelastung der Staatsschützer und die hohe Zahl rechter Straftaten gesprochen.

Glombitza habe den fraglichen Satz "als persönliche Einschätzung" angemerkt, heißt es in dem Protokoll. Auf die Frage, ob er dazu auffordere, die Einleitung von Ermittlungsverfahren zu unterlassen, soll er geantwortet haben, man könne einen Bericht "auch langsamer schreiben". Die hohe Zahl von Verfahren störe das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, habe Glombitza erklärt. Auch könne das Ansehen des Landes geschädigt werden. Unter den sechs Polizeidirektionen Sachsen-Anhalts meldete die Dessau 2006 den höchsten Anstieg der rechtsextremistischen Kriminalität, um mehr als 60 Prozent auf 392 der Polizei bekannte Delikte.

Die Beamten sollen in dem Gespräch auch auf das Engagement der Landesregierung verwiesen haben, vor allem auf deren Kampagne gegen Rechtsextremismus. Glombitza aber soll geantwortet haben: "Das ist doch nur für die Galerie."

#### **Interne Ermittlungen**

Polizeipräsidentin Scherber-Schmidt sagte vergangene Woche, sie habe

das Papier erst vor drei Wochen bekommen und interne Ermittlungen eingeleitet. Außerdem sei es der Staatsanwaltschaft Dessau vorgelegt worden, um dem Verdacht der Anstiftung zur Strafvereitelung im Amt nachzugehen. Deren Chef, Oberstaatsanwalt Folker Bittmann, erklärte dazu aber, er habe kein Verfahren eingeleitet. Dem Protokoll lasse sich nicht entnehmen, dass Glombitza die Bekämpfung von Straftaten habe beeinträchtigen wollen.

**14.05.2007      Gegen Bagatellisierung rechter Brandstifter**

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-14/051.php>

**14.05.2007      Antifa-Gedenken unerwünscht**

Magdeburger Polizei behindert Erinnerung an von Neonazis ermordeten Punker von Markus Bernhardt

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-14/042.php>

**14.05.2007      Panne: Britische Modekette hatte T-Shirt mit rechter Propaganda im Programm**

Der britischen Modekette Burton ist ein Fehler beim Aufdruck eines T-Shirts unterlaufen. Statt eines vermeintlichen pro-russischen patriotischen Spruches wurden die T-Shirts mit einem fremdenfeindlichen Spruch bedruckt und kamen in den Verkauf.

In kyrillischer Schrift sollte sich nach Zusicherung des Zulieferers der Slogan "Seid stolz auf Russland" befinden. Jedoch lautete der Aufdruck tatsächlich: "Wir werden Russland von allen Nicht-Russen säubern", teilte eine Unternehmenssprecherin mit.

6.000 dieser rechtsextremen T-Shirts sind in der letzten Woche verkauft worden. Entdeckt wurde der Fehler durch einen Mitarbeiter von Burton, der russisch spricht.

**Webreporter: Ingo\_S | Quelle: <http://www.ShortNews.de/...>**

**14.05.2007      [www.focus-online.de](http://www.focus-online.de)**

**Verfassungsschutz**

**29 000 Straftaten politisch motiviert**

Verfassungsschützer registrieren einen neuen Höchststand politisch motivierter Straftaten. Die Zahl sei um zehn Prozent gestiegen, in rechtsextremen Kreisen sogar um 14 Prozent. [weiter](#)

**14.05.2007      [www.mdr.de](http://www.mdr.de)**

**Tagung über Probleme mit Rechtsextremismus**

Probleme mit dem Rechtsextremismus sind heute und morgen das Thema einer SPD-Tagung in Erfurt. Rund 40 Vertreter der Fraktionen von Bundestag, Landtagen und Europaparlament beraten darüber, wie das NPD-Verbotsverfahren wieder aufgenommen werden kann und welche Lehren aus dem Einzug der NPD in verschiedene Landtage zu ziehen sind. Diskutiert wird auch darüber, wie das Demonstrations-Recht für Rechts-Extremisten eingeschränkt werden kann, ohne die gesetzliche Versammlungsfreiheit einzuschränken.

**14.05.2007      Der Tagesspiegel: Polizei-affäre beschäftigt den Landtag von Sachsen-Anhalt / FDP-Fraktion beantragt Sondersitzung des Innenausschusses / Linkspartei stellt Anfrage an Landesregierung**

Berlin (ots) - Berlin/Dessau - Mit den schweren Vorwürfen gegen den Vizechef der Polizeidirektion Dessau wird sich der Landtag von Sachsen-Anhalt befassen. "Wir werden für nächste Woche eine Sondersitzung des Innenausschusses beantragen", sagte der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Guido Kosmehl, am Montag dem Tagesspiegel. Die Fraktion der Linkspartei will, wie Vorstandsmitglied Gudrun Tiedge dem Tagesspiegel mitteilte, mit einer Anfrage von der Landesregierung Aufklärung fordern. Der Leitende Polizeidirektor Hans-Christoph Glombitza soll in einer Besprechung mit drei Staatsschützern der Direktion Dessau gefordert haben, **die Bekämpfung rechter Kriminalität zu bremsen**. Man müsse "nicht alles sehen", wird Glombitza in einem Gesprächsprotokoll der drei Beamten zitiert, über das der Tagesspiegel am Sonnabend berichtete. **Glombitza soll sich auch abfällig über die von der Landesregierung initiierte "Hingucken!"-Kampagne gegen Rechtsextremismus geäußert haben.**

Unterdessen hat sich Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau in den Fall eingeschaltet. Sollten sich die Vorwürfe bewahrheiten, "wäre dies ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich für Demokratie und Toleranz engagieren", sagte Pau dem Tagesspiegel. Folgerichtig müssten personelle Konsequenzen gezogen werden. Ähnlich reagierte der Vizevorsitzende der CDU-Fraktion im Magdeburger Landtag, Holger Stahlknecht: "Stimmen die Vorwürfe gegen Glombitza, wäre das skandalös." Landesinnenminister Holger Hövelmann, auch Chef der SPD Sachsen-Anhalt, hat eine rasche Prüfung zugesagt.

**Pressekontakt:** **Der Tagesspiegel**  
**Chef vom Dienst** **Thomas Wurster**  
**Telefon: 030-260 09-308** **Fax: 030-260 09-622** [cvd@tagesspiegel.de](mailto:cvd@tagesspiegel.de)

#### **14.05.2007 LVZ: Leipziger Volkszeitung zu Wahl/Bremen**

Leipzig (ots) - Die Verlierer der einzigen Landtagswahl dieses Jahres sind zwei große Koalitionen. Die in Bremen und die in Berlin. Sowohl die SPD als auch die CDU mussten an der Weser kräftig Federn lassen, weil ihre 12-jährige Regierungsbilanz mager ausfällt. Und von der großkoalitionären Bundespolitik war kein begeisternder und mobilisierender Rückenwind auszumachen. Da ist die niedrige Wahlbeteiligung nicht verwunderlich. **Beruhigend ist, dass vom Bürgerfrust diesmal keine rechtsextremen Gruppierungen Aufwind bekommen, die - in Bremen jedenfalls - selbst ihre Funktion als Sammelbecken des Protests verlieren.** Deutliche Profiteure des anhaltenden Schrumpfungsprozesses der Volksparteien sind die Grünen und die Linkspartei. Die Öko-Partei darf jetzt hoffen, neuer Juniorpartner der Sozialdemokraten zu werden. Die Linkspartei will und darf zwar nicht mitregieren, dennoch hat sie einen historischen Durchbruch geschafft: Zum ersten Mal zieht sie in ein westdeutsches Landesparlament ein. Dies trifft die Sozialdemokraten hart, die als Regierungspartei derzeit immer mehr ihrer Wähler an die gefährlich populistischen ehemaligen Realsozialisten verlieren. Noch dramatischer fällt die Analyse des Bremer Urnengangs für die CDU aus: Obwohl - oder weil - sie sich immer stärker sozialdemokratisierte und als treuer Dackel ihres großen Regierungspartners statt als inhaltlich eigenständig präsentierte, wurde sie vom Wähler abgestraft und muss nun sogar um ihren Platz am Futternapf der Senatoren-Macht zittern. Das bürgerliche Lager, CDU und FDP zusammen, erreicht nicht einmal ein Drittel der Wählerstimmen. CDU-Spitzenkandidat Thomas Röwekamp war schwach und blass, aber auch von einem Merkel-Bonus der in Umfragen hochfliegenden Kanzlerin war nichts zu spüren. Der Versuch der CDU-Vorsitzenden und ihres Generalsekretärs Pofalla, die Christdemokraten durch das Räumen bisheriger Positionen zur Großstadtpartei zu machen, ist erneut gescheitert. Dass die Bremer Wähler trotz hoher Arbeitslosigkeit, erschreckender Verschuldung und wachsender Armut ausgerechnet der seit Jahrzehnten durchregierenden SPD am ehesten eine erneute Regierungsführung zutrauen, ist vornehmlich deren souverän bescheidenen Spitzenkandidaten Jens Böhrnsen zu verdanken. Der Wahlverlierer SPD ist im Gegensatz zur CDU nun in der komfortablen Situation, sich einen Regierungspartner aussuchen zu können. Inhalte und politische Grundsympathien sprechen aus der Sicht vieler Bremer Sozialdemokraten für ein Bündnis mit den Grünen. Auch im Bund könnte man der CDU zeigen, dass es auch anders geht. Aber die Grünen könnten sich als sehr viel selbstbewussterer Koalitionspartner erweisen als die handzahme CDU, die im Senat nun noch mehr Kompromisse an die SPD machen müsste. Sie würde hochgradig erpressbar, weil die SPD jederzeit mit Koalitionswechsel drohen könnte. Will sich die CDU an der Weser als zukünftige Alternative profilieren, muss sie in die Opposition gehen. Die SPD hingegen müsste mit einem grünen Koalitionspartner fürchten, weniger Subventionszusagen in Berlin

durchsetzen zu können. Einiges ist möglich an der Weser.

**Pressekontakt:** **Rückfragen bitte an:**  
**Leipziger Volkszeitung** **Redaktion** **Telefon: 0341/218 11558**

#### **14.05.2007 Westdeutsche Zeitung: SPD gewinnt die Bürgerschaftswahl in Bremen = von Wolfgang Radau**

Düsseldorf (ots) - Auf den ersten Blick wenig Neues in Bremen: Im kleinsten, ärmsten Bundesland wird auch in den kommenden fünf Jahren die SPD regieren, wie immer seit 1946. Wahlsieger Jens Böhrnsen kann sich seinen Junior-Partner aussuchen - neben der Großen Koalition ist nach zwölf Jahren auch Rot-Grün wieder eine Option.

Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Sozialdemokraten gegenüber der letzten Bremen-Wahl rund fünf Prozentpunkte verloren haben überwiegend an die Linkspartei. Über dieses Bündnis ziehen nun erstmals Politiker aus dem einstmaligen SED-Lager in ein westdeutsches Landesparlament ein. Das ist die wirklich schlechte Nachricht dieses Wahlabends. **Zu allem Überfluss zersplittern zwei Vertreter der "Wut-Partei" und der rechtsextremen DVU die Bremer Bürgerschaft weiter.**

Die Verluste in Bremen dürften SPD-Chef Kurt Beck heute, ein Jahr nach seinem Amtsantritt, die Feierlaune trüben. Bei allen drei Landtagswahlen unter seinem Parteivorsitz lagen die Genossen zwar vorn. Aber seit gestern weiß Beck, dass die Zweifel am politischen Profil der Sozialdemokratie und damit auch an ihm gewichtiger sind, als er bisher einsehen wollte. Auch die CDU hat in Bremen Federn gelassen, was wohl der FDP zum Sprung ins Parlament verholfen hat. Pech für die Liberalen: Sie werden zum Regieren nicht benötigt.

Auch wenn die Politik immer wieder neu entdeckt, dass Große Koalitionen die kleineren Parteien stärker machen: Bremen ist und bleibt bundespolitische Provinz. Und so war die Bremen-Wahl auch kein Test für die Akzeptanz der Großen Koalition in Berlin, und auch eine Neuauflage von Rot-Grün an der Weser würde nicht als Probelauf für den Bund taugen. So sehr es einige Genossen jucken mag: Der alte und neue Bürgermeister Böhrnsen ist gut beraten, wenn er nach dem Vorbild Henning Scherfs die größtmögliche Koalition anbietet, um die Haupt-Probleme Bremens in den Griff zu bekommen: extreme Verschuldung, horrende Arbeitslosigkeit, beschämende Kinderarmut. Die Rahmenbedingungen sind günstig: Der Konjunktur-Aufschwung wird der pragmatischen Arbeit einer Großen Koalition zugerechnet wer wollte da Experimente wagen und mitten im Strom die Pferde wechseln?

**Pressekontakt:** **Rückfragen bitte an:**  
**Westdeutsche Zeitung** **Nachrichtenredaktion**  
**Telefon: 0211/ 8382-2358** [redaktion.nachrichten@westdeutsche-zeitung.de](mailto:redaktion.nachrichten@westdeutsche-zeitung.de)

#### **15.05.2007 Staatsanwalt stellt Ermittlungen ein**

Zu viele Verfahren gegen Neonazis sind schlecht fürs Image, meint Dessaus Polizeivize von Markus Bernhardt

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/05-15/056.php>

#### **15.05.2007 [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) Rechtsextreme Gewalt nimmt stark zu**

Die Zahl rechtsextremistischer Straftaten ist im vergangenen Jahr um 9,3 Prozent gestiegen. Das ist das Ergebnis des aktuellen Verfassungsschutzberichtes. Alarmierend ist laut Bundesinnenminister Schäuble besonders, dass der Rechtsextremismus immer stärker in die Mitte der Gesellschaft vordringt. [\[mehr\]](#)

- [Video: Verfassungsschutzbericht 2006](#)

#### **15.05.2007 [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) \* Wissenschaftler: "Keine Verbindung zum Terrorismus"**

Die Aktivitäten von Linksextremisten waren in Deutschland lange Jahre kaum ein Thema. Im Vorfeld des G8-Gipfels hat sich das geändert. Der Protestforscher Dieter Rucht spricht im Interview mit [tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) über die Ziele der extremen Linken und ihr Verhältnis zur Gewalt. [\[mehr\]](#)

- [Rechtsextreme Gewalt nimmt stark zu](#)
- [Diskussion um Razzien in linker Szene](#)
- [Dossier: Das schwierige Erbe der RAF](#)
- [Audio: Protestforscher Dieter Rucht zu G8-Gegnern](#)

15.05.2007                      P R E S S E M I T T E I L U N G                      Nr. 0559

**Die Gefahr steht rechts**

**Zum heute veröffentlichten Verfassungsschutzbericht 2006 erklärt Wolfgang Wieland, Sprecher für innere Sicherheit:**

Der neue Verfassungsschutzbericht zeigt vor allem eins: Die größte extremistische Gefahr droht in der Bundesrepublik von rechts. Ein Zuwachs um 14 Prozent auf über 18.000 Delikte ist bestürzend. Es wird immer deutlicher, dass die Hemmschwelle für tätliche Angriffe sinkt. Der Bericht verzeichnet fast 500 Angriffe auf Ausländerinnen und Ausländer, ein Zuwachs um gut ein Drittel. Diese Zahl mag niedrig erscheinen, aber es bedeutet, dass jede Woche 10 Menschen Opfer menschenverachtender rassistischer Gewalt werden. Und auch die oft verharmlosten Propagandadelikte darf man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die Strategie von Neo-Nazis baut ja gerade auf eine einschüchternde Präsenz in der Öffentlichkeit, ganz nach der Devise "Wir sind wieder da". Das verbindet sich mit den Aktivitäten von Schlägertrupps und der NPD als parlamentarischem Arm zu einem breit angelegten Angriff auf die Demokratie.

Der Bericht zeigt auch, dass linksextrem motivierte Delikte zunehmen. Das ist eine höchst unerfreuliche Tendenz. Weder das Abfackeln von Autos noch das gewalttätige Bekämpfen von Neo-Nazis auf eigene Faust sind Vorgänge, die in einem Rechtsstaat einfach so hinzunehmen wären. Aber das als terroristische Bedrohung zu bezeichnen und auf eine Stufe mit den Strukturen der RAF zu stellen, zeugt vor allem von der Paranoia und dem geistigen Stehenbleiben derer, die solche Interpretationen vermarkten.

Der Bundesinnenminister sieht im Islamismus die größte Gefahr. Natürlich handelt es sich hier um eine reale Bedrohung. Aber Schäuble malt sie in den schrecklichsten Farben aus, um neue Kompetenzen und Fahndungsmethoden durchzusetzen. Er wiederholt sein Mantra von der Notwendigkeit der Online-Durchsuchung, kann aber nicht sagen, ob sie die Lage verbessern würde. Und der Bericht zeigt, dass der Verfassungsschutz eher ein Umsetzungsproblem hat als zu wenig Rechte und Mittel. Die Diskussion um G8-Gegner und Islamismus darf nicht verdecken, dass Rechtsextremisten es gezielt auf die Zerstörung unserer demokratischen Grundordnung abgesehen haben und die konkreteste Bedrohung darstellen.

**Pressedienst Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen • Deutscher Bundestag • 11011 Berlin  
eMail: [presse@gruene-bundestag.de](mailto:presse@gruene-bundestag.de) • [www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)**

**16.05.2007      Machetenangriff nach Saufgelage**

Berliner Neonazi muß neun Monate in Haft von Lothar Bassermann

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-16/049.php>

**16.05.2007      7000 falsche Stimmen**

Bürgerbegehren gegen Moscheebau in Köln gescheitert. Rechte Organisation aus der Domstadt als Vorbild für »Bürgerbewegung Pro Deutschland« von Hans Daniel

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-16/005.php>

**16.05.2007      [www.focus-online.de](http://www.focus-online.de)**

**[Rechtsextreme](#)**

**[NPD hoch verschuldet](#)**

Trotz hohen Wählerzuspruchs haben die rechtsextremen Parteien finanzielle Probleme. NPD-Parteichef Voigt steht wegen der hohen Verschuldung nur noch ein Mitarbeiter zur Verfügung. [weiter](#)

**16.05.2007      [www.mdr.de](http://www.mdr.de)**

**[Verein: Defizite bei Kampf gegen rechte Gewalt in Sachsen-Anhalt](#)**

Der Verein "Miteinander" sieht bei der polizeilichen Verfolgung rechtsextremer Straftaten in Sachsen-Anhalt noch Defizite.

Rechtsextremismus-Experte David Begrich sagte MDR 1 RADIO SACHSEN-ANHALT, die Landesregierung habe eine breit angelegte Fortbildungsmaßnahme für Polizisten angekündigt. Diese greife nur zum Teil. Begrich verwies auch auf die Vorwürfe gegen den Dessauer Vize-Polizeidirektor. An diesem Fall zeigten sich die Probleme. Dem

jüngsten Verfassungsschutzbericht zufolge liegt Sachsen-Anhalt bei rechtsradikaler Gewalt bundesweit an der Spitze.

**16.05.2007 Mittelbayerische Zeitung: Regensburger CSU-Krise: Staatsanwaltschaft stellt Ermittlungsverfahren gegen CSU-Politiker wegen Verjährung ein**

Regensburg (ots) - Regensburg. Die Ermittlungsverfahren gegen fünf CSU-Funktionäre wegen Beleidigung, Volksverhetzung, das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organe und Nötigung wurden am Mittwoch von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Leitender Oberstaatsanwalt Dr. Johann Plöd nannte der Mittelbayerischen Zeitung (Online-Ausgabe) eine bereits eingetretene Verjährung als Hauptgrund. Die vorgeworfenen Straftaten reichen teilweise bis in das Jahr 1993 zurück. Damit seien die Rechtsextremismus-Vorwürfe gegen die CSU-Politiker, darunter auch stellvertretender CSU-Kreisvorsitzender Dr. Thomas Fürst, "strafrechtlich nicht mehr verfolgbar" gewesen, sagte Plöd.

Gegen Fürst, einen Regensburger CSU-Stadtrat sowie die gesamte Führungsspitze der Jungen Union in Regensburg, war unter anderem ermittelt worden, weil sie eine junge Wahlhelferin wegen ihrer dunklen Hautfarbe massiv rassistisch beleidigt hatten. Außerdem soll einer der Politiker in seiner Wohnung über Jahre hinweg die verbotene Reichskriegsflagge aufgehängt haben, ein anderer das Ausmaß der Judenvernichtung im Zweiten Weltkrieg verharmlost haben. Der JU-Kreisgeschäftsführer hatte einer eidesstattlichen Versicherung zufolge eine SMS mit dem Zusatz "Heil Hitler!" verschickt.

Innenminister Günther Beckstein hatte in der Mittelbayerischen Zeitung (Mittwoch-Ausgabe) erklärt, die im Raum stehenden Äußerungen von stellvertretendem Kreisvorsitzendem Fürst seien "völlig indiskutabel". Das müsse abgestellt werden. "Wir brauchen eine klare Grenzziehung zu Extremisten", so Beckstein. Den CSU-Bezirksvorstand forderte der designierte bayerische Ministerpräsident auf, die Angelegenheit politisch zu bewerten und eindeutig zu klären.

**Pressekontakt: Rückfragen bitte an:**  
**Mittelbayerische Zeitung Ulrike Strauss**  
**Chefin Mantelredaktion Telefon: 0941 207 368**

**16.05.2007 Mitteldeutsche Zeitung: Verfassungsschutzbericht Streit um NPD: SPD-Innenpolitiker Edathy fordert Verbot**

Halle (ots) - Der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages, Sebastian Edathy (SPD), hat sich vor dem Hintergrund des Verfassungsschutzberichts 2006 für ein Verbot der NPD ausgesprochen. "Wir führen in der SPD-Fraktion Gespräche darüber, ob ein zweites NPD-Verbotsverfahren möglich ist", sagte er der in Halle erscheinenden "Mitteldeutschen Zeitung" (Mittwoch-Ausgabe). "Ich bin der festen Überzeugung, dass man es machen sollte, wenn Aussicht auf Erfolg besteht. Die NPD ist die radikalste der drei rechtsextremistischen Parteien. Sie arbeitet systematisch mit gewaltbereiten Neonazis zusammen." Der SPD-Politiker nannte die NPD "brandgefährlich" und fügte hinzu: "Es ist nicht vermittelbar, dass wir über die Wahlkampfkostenerstattung eine Partei unterstützen, die die Errichtung einer Diktatur zum Ziel hat."

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte ein neues Verbotsverfahren bei der Vorstellung des Berichts abgelehnt mit dem Hinweis, dass man auf die Erkenntnisse der in die NPD eingeschleusten V-Leute angewiesen sei und deren Arbeit nicht, wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert, ruhen lassen könne. Im Übrigen werde die NPD "nicht so bescheuert sein", während eines neuen Verbotsverfahrens an ihrer radikalen Rhetorik festzuhalten und diese entsprechend mäßigen.

**Pressekontakt: Rückfragen bitte an:**  
**Mitteldeutsche Zeitung Chefredaktion Tel.: 0345 565 4307**

### **16.05.2007 Lausitzer Rundschau: Zulauf für Rechtsextremisten: Subtile Gefahr**

Cottbus (ots) - Längst sind es nicht mehr nur tumbe Gestalten, die hierzulande ihr braunes Gedankengut verbreiten und dafür Gewalt anwenden. Der Rechtsextremismus kommt verstärkt in Schlips und Kragen daher. Davon zeugt schon die Präsenz der NPD in den Landtagen Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns. Auch der braune Musikstil wandelt sich: Wo früher nur aggressive Bands mit antisemitischen und fremdenfeindlichen Texten den Ton angaben, werden die gleichen Inhalte mittlerweile von scene-bekanntem Liedermachern in melodische Balladen verpackt. All das macht es nicht einfacher, neonazistische Gefahren zu erkennen. Im Gegenteil. Nach dem jüngsten Bericht des Verfassungsschutzes sind rechte Rattenfänger mit subtileren Methoden drauf und dran, eine größere Breitenwirkung in der Bevölkerung zu erzielen. Jugendliche erweisen sich dabei als besonders anfällig. Es könne nicht sein, dass Rechtsextremisten die attraktivsten Freizeitangebote hätten, sagt Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU). Doch wo der Jugendklub aus Kostengründen dicht machen muss oder das Geld für Sozialarbeiter fehlt, haben auch NPD-Aktivisten leichteres Spiel. Das zeigt sich besonders in Problem-Regionen Ostdeutschlands, die die etablierte Politik scheinbar schon abgeschrieben hat. Dabei geht es beileibe nicht nur um die Möglichkeit sinnvoller Freizeitaktivitäten. Wer eine soziale und berufliche Perspektive verspürt, der ist auch besser vor braunem Ungeist gefeit. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist nicht nur Sache der Schulen, sondern der gesamten Gesellschaft.

#### **Pressekontakt:**

**Lausitzer Rundschau**

**Fax: 0355/481247**

#### **Rückfragen bitte an:**

**Telefon: 0355/481231**

**[lr@lr-online.de](mailto:lr@lr-online.de)**

### **16.05.2007 Ostsee-Zeitung: OSTSEE-ZEITUNG, Rostock, zum Verfassungsschutzbericht**

Rostock (ots) - Verfassungsschützer und ihr oberster Dienstherr Wolfgang Schäuble lassen in ihrem Report für 2006 keinen Zweifel: Auf der Gefährdungs-Skala für das bundesdeutsche Gemeinwesen steht für sie die islamistische Terrorgefahr noch vor den Bedrohungen durch Rechts- und Linksextremismus. Es ist ja richtig, wenn der Bundesinnenminister Beinahe-Kofferbomben-Anschläge und erstmals an Deutschland adressierte Drohvideos von Cyber-Dschihadisten ernst nimmt. Dennoch angesichts im Vorjahr dramatisch angestiegener rechtsradikaler Straftaten stellt sich die Frage, ob nicht vor allem hier die Alarmglocken der Sicherheitsbehörden schrillen sollten. **Die sprunghafte Zunahme rechtsextremistisch motivierter Gewalt und die zugleich unübersehbar wachsende Salonfähigkeit deutscher Neonazis in der lokalen und regionalen Politik dürften die hiesige Demokratie weit stärker gefährden als islamistische Splittergruppen.**

#### **Pressekontakt:**

**Ostsee-Zeitung**

**Telefon: +49 (0381) 365-439**

#### **Rückfragen bitte an:**

**Harald Kroeplin**

**[harald.kroeplin@ostsee-zeitung.de](mailto:harald.kroeplin@ostsee-zeitung.de)**

### **16.05.2007 Der Tagesspiegel: Huber begrüßt Suspendierung von Regensburger CSU-Funktionären wegen Rechtsextremismusvorwürfen**

Berlin (ots) - Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber (CSU) hat die Suspendierung von sechs Regensburger CSU-Funktionären wegen Rechtsextremismusvorwürfen begrüßt. Rechtsradikale Tendenzen hätten "keinen Platz in der CSU", sagte der Kandidat für das Amt des Parteichefs dem Berliner "Tagesspiegel" (Mittwochsausgabe). Man werde "alle Mittel einsetzen", damit sie keinen Einfluss bekämen. Er habe mehrfach mit örtlichen Politikern gesprochen und sie "zur Abgrenzung ermutigt", sagte Huber. Nach jahrelangen Kontroversen um angeblich rechtsextreme Aktivitäten einer Gruppe um den Regensburger CSU-Stadtrat Thomas Fürst ermittelt nun die Staatsanwaltschaft. Ihr liegen eidesstattliche Versicherungen anderer CSU-Funktionäre vor. Die Vorwürfe: Volksverhetzung, Nötigung und die Verwendung von

Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Unter den von der CSU Suspendierten befinden sich der Kreisvorsitzende der Jungen Union, Michael Lehner, und seine beiden Stellvertreter.

**Pressekontakt:**  
**Chef vom Dienst**

**Telefon: 030-260 09-308**

**Der Tagesspiegel**  
**Thomas Wurster**

**Fax: 030-260 09-622**

[cvd@tagesspiegel.de](mailto:cvd@tagesspiegel.de)

#### **16.05.2007 Mitteldeutsche Zeitung: Debatte um NPD-Verbot Uhl: Politische Auseinandersetzung suchen**

Halle (ots) - Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Uhl, hat der Forderung nach einem neuen NPD-Verbotsverfahren widersprochen. "Da gibt es nichts mehr zu prüfen", sagte er der in Halle erscheinenden "Mitteldeutschen Zeitung" (Donnerstag-Ausgabe). "Das letzte Verfahren war eine peinliche Niederlage für alle Beteiligten. Das sollte man nicht wiederholen. Ein Parteienverbot ist im Übrigen eine Holzhammermethode. Die sollte man nur wählen, wenn gar nichts anderes mehr geht. Davor steht die politische Auseinandersetzung." Der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages, Sebastian Edathy (SPD), hatte sich vor dem Hintergrund des Verfassungsschutzberichts 2006 für ein Verbot der NPD ausgesprochen und erklärt: "Ich bin der festen Überzeugung, dass man es machen sollte, wenn Aussicht auf Erfolg besteht."

**Pressekontakt:**  
**Mitteldeutsche Zeitung**

**Rückfragen bitte an:**  
**Chefredaktion**

**Tel.: 0345 565 4307**

**18.05.2007** [www.arug.de](http://www.arug.de)

#### **Innenministerium: Braunschweig und Salzgitter Schwerpunkte des Rechtsextremismus in Niedersachsen Sonntag, 6. Mai 2007**

Bei der Vorstellung des Niedersächsischen Verfassungsschutzberichts für das Jahr 2006 bezeichnete Innenminister Uwe Schünemann Braunschweig und Salzgitter - neben der Region Hannover, Hildesheim, Lüneburg und dem Bremer Umland - als Schwerpunkte des Rechtsextremismus in Niedersachsen.

Der Verfassungsschutz zähle in Niedersachsen weiterhin 20 Kameradschaften mit insgesamt 350 Mitgliedern (2005: 365 Personen). Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten blieb im Vergleich zum Vorjahr weitgehend gleich (2006: 925 / 2005: 930).

Mit 1.865 Taten registrierten die Behörden 2006 mehr rechtsextremistische Straftaten als im Jahr zuvor (2005: 1.545). Die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten stieg auf 138 (2005:120) an.

Die NPD konnte im vergangenen Jahr ihre Mitgliederzahl um 8,6% auf 630 steigern. Im Bundesdurchschnitt liege der Mitgliederzuwachs der NPD mit 16,9% allerdings deutlich höher.

- [Pressemitteilung des Innenministeriums](#)
- [Bericht bei heise online](#)

#### **"NPD: Kundgebung statt Info-Stand"**

**Mittwoch, 16. Mai 2007**

"Punktsieg für die Stadt: Die rechtsextreme NPD verzichtet am Samstag darauf, einen Info-Stand in der Porschestraße aufzustellen. Die Partei sieht keine Möglichkeit, sich kurzfristig gegen das Verbot des Info-Standes durch der Stadtverwaltung zu wehren. Aber: Im Gegenzug kündigt NPD-Spitzenkandidat Andreas Molau an, eine Kundgebung mit 50 bis 60 Rechtsextremen vor den Sommerferien in Wolfsburg abhalten zu wollen ... Molau kündigte aber an, dass NPD-Aktivistinnen am Samstag in der Stadt Flugblätter verteilen werden – hierfür ist keine Genehmigung notwendig ..."

[www.waz-online.de](http://www.waz-online.de), 16.05.2007

#### **"Polizei fasst Hakenkreuz-Schmierer"**

**Mittwoch, 16. Mai 2007**

"Zwei 17-Jährige besprühten unter anderem Lessinggymnasium in Wenden und ein Schild am Kommissariat Nord ... Die Braunschweiger Polizei schnappte jetzt zwei 17-Jährige, die seit Wochen Hakenkreuze und rechtsextreme Parolen auf Gebäude und Straßenschilder gesprüht hatten. Die Tatorte lagen in Wenden, im Siegfriedviertel, Veltenhof und in der Vorwerksiedlung ... Die Polizei ordnet die beiden Jugendlichen nicht der organisierten rechtsextremen Szene zu. 'Sie haben zwar eine rechte Gesinnung, aber ohne großen politischen Hintergrund', so Grande ... Die Braunschweiger Polizei registrierte im vergangenen Jahr 83 rechtsextreme Taten. Der überwiegende Teil (62) fällt unter die so genannten Propaganda-Delikte. 'In 2006 verzeichneten wir nur vier gewaltorientierte

Taten', so Grande ... Hinweise auf rechtsradikale Kameradschaften habe die Braunschweiger Polizei nicht ..."

[www.newsclick.de](http://www.newsclick.de), 16.05.2007

### "Trotz Verbot: Samstag machen Nazis Propaganda"

Freitag, 18. Mai 2007

"NPD: Infostand verboten, jetzt kommen. Trotzdem OB Schnellecke einen Infostand der Nazi-Partei NPD in Wolfsburg verboten hat, marschieren die Rechtsradikalen morgen in der Innenstadt auf. NPD-Propagandisten der verteilen Flugblätter, hetzen gegen die IG Metall. 'VW-Werker können stolz auf ihre Arbeit sein', schreibt NPD-Propagandachef Andreas Molau aus Wolfenbüttel in ein Flugblatt, dass bis zu zehn Agitatoren am Samstag ins Wolfsburg unters Volk bringen wollen ... Rechts-Agitor Andreas Molau, der von Wolfenbüttel aus die Aktionen der NPD organisiert, spricht von einem Zeichen, das man setze: 'Das ist der Kampf um die Straße.' In Wolfsburg formiert sich in der Zwischenzeit ein breites Bündnis gegen Rechtsextreme ... Propagandist Molau verspricht einen heißen Sommer mit Aufmärschen und Kundgebungen in Wolfsburg und der Region. Die IG-Metall wird in einem Flugblatt, das am Samstag in 3000 Wolfsburger Briefkästen gesteckt werden soll, verunglimpft ..."

[www.newsclick.de](http://www.newsclick.de), 18.05.2006

### "Nazis stören friedliche Demonstration"

Mittwoch, 9. Mai 2007

"Bündnis gegen Rechts versammelt 100 NPD-Gegner vor dem Rathaus – Organisatoren: Wo waren Ratsherren? Die neuen Nazis werden frech: Gestern haben zwei Rechtsradikale versucht, Teilnehmer der Demo des Bündnisses gegen Rechts zu fotografieren. Die friedlichen Demonstranten wehrten sich mit Erfolg gegen die rechten Störer ... Seit klar ist, dass die rechtsradikale NPRD [*gemeint ist NPD*] am Wochenende in Wolfsburg einen Auftritt plant, ist das Thema ein brennendes in unserer Stadt ... Maskierte Nazis marschierten auf, zwei von ihnen versuchten, Demonstrationsteilnehmer zu fotografieren ..."

[www.newsclick.de](http://www.newsclick.de), 10.05.2007

**Anmerkung: Das mittlere Bild im Artikel bei [www.newsclick.de](http://www.newsclick.de) zeigt einen der Störer, ein Aktivist der rechtsextremen "Bürgerinitiative für Zivilcourage Wolfsburg"**

### 19.05.2007 Nazigegner bespitzelt

Ein knappes Dutzend Staatsschützer mischte sich in Göttingen unter die Teilnehmer eines antifaschistischen Stadtrundganges von Max Eckart

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-19/044.php>

### 19.05.2007 Sanktionen umstritten

Regensburg: CSU-Rechtsaußen-Clique drohen keine strafrechtlichen, aber vielleicht politische Konsequenzen von Claudia Wangerin

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/05-19/045.php>

### 19.05.2007 [www.spiegel-online.de](http://www.spiegel-online.de)

#### DEUTSCHLANDBILD DER BRITEN

#### [Hunnen, Miele, Hitler](#)

Deutschland, Wunderland. Mit einer Mischung aus Neid und Staunen verfolgt das Ausland das deutsche Comeback. Besonders missgünstig beobachten die Briten, wie sich der "kranke Mann Europas" nach Jahren allmählich berappelt. Von Thomas Hüetlin [mehr...](#) [ [Forum](#) ]

### 19.05.2007 [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

#### Polizei löst Skinhead-Konzert auf

Die Polizei hat am Abend ein illegales Skinhead-Konzert im Ilmkreis aufgelöst. Die Veranstaltung in einer Gaststätte in Arnstadt-Rudisleben war als private Geburtstagsfeier getarnt. Nach Polizeiangaben wurden eindeutig rechtsgerichtete Lieder mit verbotenem Inhalt gespielt. Die Instrumente der Band wurden sichergestellt. Gegen 75 Personen aus Thüringen, Sachsen, Hessen und Bayern wurde ein Platzverweis ausgesprochen.

### 19.05.2007 Petra Pau:"Geister-Debatte" um NPD-Verbot hilft nur der NPD

Berlin (ots) - Spitzenpolitiker der Koalition streiten sich weiter über ein neues NPD-Verbotsverfahren. Dazu erklärt Petra Pau, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. und Mitglied im Innenausschuss:

Diese "Geister-Debatte" hilft nur der NPD, die damit noch wichtiger geredet wird. Sie ist zudem unredlich, denn weder die Unionsparteien noch die SPD sind bereit, das NPD-Verbotshindernis zu beseitigen.

Das erste Verfahren ist gescheitert, weil das Bundesverfassungsgericht nicht mehr auseinander halten konnte, welche Anklage-Belege originär von der NPD waren und welche von V-Leuten stammten. Diese Falle steht noch immer.

V-Leute wiederum sind staatlich gekaufte Zeugen und bezahlte Täter. Wie tatkräftig sie sind, müssen sie innerhalb der rechtsextremistischen Szene beweisen. Wenn nicht, dann erlangen sie auch keine relevanten Informationen.

DIE LINKE fordert stattdessen eine unabhängige Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nach EU-Vorbild.

Das wiederum lehnen die Union und die SPD ab. Wie gesagt:

"Geister-Debatte!"

**Pressekontakt:**

**Alrun Nüßlein**

**Mobil: 0151/17161622**

**Linkspartei.PDS**

**Tel.: 030/24009543**

**Mail: [alrun.nuesslein@linkspartei.de](mailto:alrun.nuesslein@linkspartei.de)**

**19.05.2007** [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

**Nach Herrentags-Krawallen in Salzwedel: Staatsschutz ermittelt**

Nach den Herrentags-Krawallen in Salzwedel ermittelt nun auch der Staatsschutz. Nach einem Bericht der "Magdeburger Volksstimme" geht es um schweren Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung und das Verwenden verfassungsfeindlicher Symbole.

**Angehörige der rechten und linken Szene hatten sich am Donnerstag eine Massenschlägerei geliefert.** Die knapp 100 angeforderten

Polizisten aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen hatten Mühe, die beiden Lager zu trennen. Zwei Polizisten wurden bei dem Einsatz verletzt.

**22.05.2007** [www.mdr.de](http://www.mdr.de)

**Zahl der NPD-Mitglieder in Thüringen erreicht neuen Höchststand**

Die Zahl der NPD-Mitglieder hat in Thüringen einen neuen Höchststand erreicht. Die rechtsextreme Partei hatte schon im Sommer letzten Jahres über 380 zahlende Anhänger. Seither ist die Zahl weiter gestiegen. Das geht nach Informationen von MDR 1 RADIO THÜRINGEN aus dem Verfassungsschutzbericht für 2006 hervor. **Nach eigenen Angaben hat die NPD inzwischen über 450 Mitglieder.** 2005 lag die Zahl noch bei 250. Gestiegen ist laut Verfassungsschutz auch die Zahl der gewaltbereiten Neonazis.

**22.05.2007** URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/aufgespiesst/?em\\_cnt=1139995](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aufgespiesst/?em_cnt=1139995)

**Aufgespiesst**

"DVU gratuliert DVU" Überschrift eines Faxes der Potsdamer DVU-Landtagsfraktion an den wiedergewählten Bremer Abgeordneten Tittman.

**22.05.2007** **Rechtes aus der »Mitte der Gewerkschaft«?**

Studie zeigt besonders hohe Anfälligkeit gewerkschaftlicher Stammklientel für rechtsextremes Gedankengut von Daniel Behruzi

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-22/002.php>

**22.05.2007** [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de)

\* **Weikersheim: Oettinger tritt aus Studienzentrum aus**

Nach wochenlanger Bedenkzeit ist Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) aus dem rechtskonservativen Studienzentrum Weikersheim ausgetreten. Das teilte der Regierungschef nach einem Gespräch mit der Führung des Zentrums mit. [swr]

**22.05.2007** [www.spiegel-online.de](http://www.spiegel-online.de)

## **BADEN- WÜRTTEMBERG**

### **Oettinger tritt aus rechtem Studienzentrum Weikersheim aus**

Nach langem Zögern ist Baden-Württembergs Ministerpräsident Oettinger aus dem rechtskonservativen Studienzentrum Weikersheim ausgetreten. Nach seiner geschichtsklitternden Trauerrede für Ex-Ministerpräsident Filbinger war Oettingers Verbindung zu der Einrichtung kritisiert worden. [mehr...](#)